



Florian Toncar MdB

Newsletter 1 / 2007

Inhalt

Deutscher Bundestag aktuell: S. 1

Florian Toncar – Arbeit in Berlin: S. 3

Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis: S. 7



Berliner Büro
Florian Toncar MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227-74226
Fax: (030) 227-76226
E-Mail: florian.toncar@bundestag.de

Internetauftritt: www.toncar.de

Wahlkreisbüro
Florian Toncar MdB
Offenburger Str. 62
71034 Böblingen
Tel.: (07031) 777101
Fax: (07031) 777102
E-Mail: florian.toncar@wk.bundestag.de



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

zu Beginn des Jahres 2007 möchte ich Sie gerne über meine Arbeit und über aktuelle Themen im Deutschen Bundestag von Oktober 2006 bis einschließlich Januar 2007 informieren. So politisch ereignisreich wie 2006 zu Ende gegangen ist, hat 2007 begonnen.

Deutschland steht mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft außenpolitisch vor großen Chancen und Herausforderungen. Die Wiederbelebung des Europäischen Verfassungsprozesses sowie die Verknüpfung von Außen- und Energiepolitik werden hierbei eine bedeutende Rolle spielen. Die Schattenseite der Ratspräsidentschaft: Die Bundesregierung hat wegen ihrer europäischen Verpflichtungen nicht mehr die Kapazität, sich um innenpolitische Reformen zu kümmern. Das ist umso bedauerlicher, als 2007 ein nahezu wahlfreies Jahr ist, in dem man ordentlich hätte arbeiten können.

Mit der Verabschiedung einer Gesundheitsreform, die keines der Probleme im Gesundheitswesen löst, ist die Bundesregierung bereits denkbar schlecht ins Jahr 2007 gestartet. Die Vorschläge zur Rente und zur Unternehmenssteuerreform sind halbherzig und unausgegrenzt. Zum Thema Pflegereform kommt bislang gar nichts. Genug Arbeit also für Ihre liberale Opposition.

Wenn Sie darüber hinaus Fragen zu aktuellen Themen oder zu meiner Arbeit haben, kommen Sie gerne direkt auf mich zu.

Alle im Newsletter erwähnten Dokumente können über mein Büro jederzeit bezogen werden.

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads 'Florian Tauw'.

Deutscher Bundestag aktuell



Gesundheitsreform löst keines der Probleme im Gesundheitswesen

In der namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag zur Gesundheitsreform habe ich mit Nein gestimmt, da mit dieser „Reform“ keines der Probleme im Gesundheitswesen wirklich gelöst wird. Vielmehr markiert die Gesundheitsreform der schwarz-roten Bundesregierung den Weg in eine Einheitskasse ohne private Krankenversicherung, mit einem einheitlichen und gesetzlich vorgeschriebenen Beitragssatz und mit einem einheitlichen Leistungsumfang der Kassen.

Wettbewerb wird nicht gestärkt sondern beseitigt. Und besonders schlimm: Es werden keinerlei neue Altersrückstellungen gebildet. Die private Krankenversicherung, die im Gegensatz zur gesetzlichen Krankenversicherung Rückstellungen bildet, wird dramatisch geschwächt.

Gerade für mich als jungen Abgeordneten ist es wichtig, dass Vorsorge für den demografischen Wandel getroffen und auch die Situation in 20 oder 30 Jahren bedacht wird. Hier hat die Regierung auf das kläglichste versagt.

Aber auch gerade für die Versicherten in Baden-Württemberg wird diese Reform bei stetig steigenden Beitragssätzen spürbare Belastungen und ein sinkendes Leistungsniveau nach sich ziehen. Schon jetzt zahlt das Land jährlich 1 Milliarde Euro in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung ein, aus dem wiederum die Krankenkassen in anderen Bundesländern Mittel erhalten.

Zusätzlich hierzu wird der neu geschaffene Gesundheitsfonds dem Land jährlich finanzielle

Mittel von bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr entziehen. Somit wird das vergleichsweise hohe Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenkassen im Südwesten nur schwer zu halten sein.

Dies bedeutet auch eine Gefahr für kleinere Arztpraxen und Krankenhäuser. Die Krankenkassen werden künftig gezwungen sein, den Preis für ärztliche Leistungen so weit wie möglich zu drücken, was sinkende Einnahmen nach sich zieht und somit Arbeitsplätze gefährdet.

Die Krankenhäuser werden durch das „Sonderopfer“ zu zusätzlichen Einsparungen – bundesweit 250 Millionen Euro – verpflichtet. In Verbindung mit den bestehenden Belastungen wie z.B. durch die Mehrwertsteuererhöhung und die Umsetzung der neuen Tarifverträge, bringt dies Arbeitsplätze in Gefahr.

Nahezu unbemerkt fand außerdem eine beispiellose Entmündigung des Parlaments statt. Die Regierung verschickte für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am Mittwoch um 8:30 Uhr, die die Reform billigen sollte, noch am Dienstagabend um 21 Uhr 81 Änderungsanträge zum Gesetz. Kein Abgeordneter konnte diese über Nacht in weniger als 12 Stunden ernsthaft durcharbeiten. Dass die Bundestagsmehrheit einem Gesetz zugestimmt hat, das sie gar nicht ernsthaft beraten haben konnte, grenzt an Selbstentwürdigung und hätte sich für jeden selbstbewussten Parlamentarier verboten.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Chance und Herausforderung

Seit dem 1. Januar 2007 hat Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne und ist für 6 Monate das Gesicht und die Stimme der EU. Dies ist Chance und Herausforderung zugleich.

Der politische Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird sich daran messen, ob es gelingt, die Handlungsfähigkeit der EU in zentralen Fragen wieder herzustellen. Dazu gehört auch, die Diskussion um eine europäische Verfassung wieder zu beleben.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung mit dem Antrag „Mehr Ehrgeiz für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – eine EU der Erfolge für die Bürger“ auf Bundestags-Drucksache 16/3832 aufgefordert, den EU-Partnern ein Mandat mit inhaltlichen Eckpunkten und einem engen Zeitplan für eine Regierungskonferenz zur EU-Verfassung vorzuschlagen. Die inhaltlichen Schwerpunkte sollten dabei auf mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Subsidiarität liegen.

Wichtig ist insbesondere, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für die Bürgerinnen und Bürger Europas ein Erfolg wird.

Vor allem beim Binnenmarkt sind deutliche Fortschritte möglich. Wir Liberalen fordern einen gemeinsamen Strom- und Gasmarkt mit Wettbewerb um den Endverbraucher, einen einheitlichen europäischen Zahlungsraum, die Vereinheitlichung der steuerlichen Bemessungsgrundlage für Unternehmen, die Europäisierung der Bankenaufsicht und ein Europäisches Patentsystem.

Ein solides Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze, bessere Bildung und technologischer Fortschritt können die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass die EU die richtige Antwort auf die Globalisierung ist.

Energiepolitik – wichtiger denn je

Spätestens seit der jüngsten Eskalation im Gasstreit zwischen Russland und Weißrussland ist klar geworden, dass politische Lösungen gefunden werden müssen, um die Energieabhängigkeit von einem unberechenbaren Partner wie Russland weitgehend zu vermeiden. Fragen wie die weitere Nutzung der Kernenergie, die Diversifizierung von Bezugsquellen und die Verknüpfung von Außen- und Energiepolitik müssen jetzt dringend auf die Tagesordnung.



© Alistair Williamson

Deutschland braucht ein schlüssiges Konzept in der Energiepolitik.

Deutschland braucht ein schlüssiges energiepolitisches Gesamtkonzept, das die Nutzung aller verfügbaren Energieträger vorsieht und einseitige Abhängigkeiten vermeidet. Es ist insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Ratspräsidentschaft erstaunlich, wie kraft- und konzeptionslos sich die Bundesregierung derzeit in der Energiepolitik präsentiert.

Vorschläge der EU-Kommission, wie die künftige Berücksichtigung der Kernenergie oder die Formulierung von europaweiten Ausbauzielen für erneuerbare Energien, decken sich vollständig mit dem, was die FDP-Bundestagsfraktion schon zu Beginn der Legislaturperiode in ihrem energiepolitischen Grundsatzprogramm vorgelegt hat. Wer den Zielen Klimaschutz und Versorgungssicherheit gleichermaßen Rechnung tragen will, darf keinen Energieträger, der diesen Kriterien gerecht wird, tabuisieren.

Mittelfristig werden wir noch auf die Kernenergie angewiesen bleiben, jedenfalls solange, wie erneuerbare Energien nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Klar ist, dass wir angesichts des Klimawandels den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren müssen. Der Ausstieg aus der Stromproduktion in Kohlekraftwerken muss daher vor einem Atomausstieg erfolgen. Die Devise der GRÜNEN, den Atomausstieg einer Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen vorzuziehen, ist eher Ausdruck von Symbolpolitik und zeugt von wenig umweltpolitischer Weitsicht.

Bundeshaushalt 2007 verabschiedet – Chancen vertan

Der Haushalt 2007 ist ein Haushalt der vertanen Chancen. Für die Bürgerinnen und Bürger wird sich die fehlgeleitete Haushaltspolitik der schwarz-roten Bundesregierung mit steigenden Ausgaben in den kommenden Jahren als schwere Hypothek erweisen. Die Steuererhöhungen zusammen mit den Beitragssatzanhebungen in der Renten- und Krankenversicherung führen zu Belastungen von jährlich annähernd 35 Milliarden Euro. Dem stehen Entlastungen durch die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von rund 17 Milliarden Euro gegenüber.

Die Bundesregierung hat die Chance vertan, auf die konjunkturschädliche Mehrwertsteuererhöhung zu verzichten und zu einem stabilen Wirtschaftswachstum und damit zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit zu gelangen. Auch ist es unter anderem nicht gelungen die Neuverschuldung von 19,6 Milliarden Euro noch weiter abzusenken, da sie ihre im Haushaltsentwurf veranschlagten Ansätze bei den Arbeitsmarktausgaben um über 3,4 Milliarden Euro verfehlt hat.

Dem Bund mangelt es nicht an Einnahmen. Das Problem sind die zu hohen staatlichen Ausgaben. Die FDP hat im so genannten "Liberalen Sparbuch" Einsparvorschläge in Höhe von 8,3 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt 2007 vorgelegt.

Die Bundesregierung hat es mit diesem Haushalt versäumt, eine echte Strukturreform der Staatsfinanzen anzugehen, was im Hinblick auf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit dringend geboten gewesen wäre.

Florian Toncar – Arbeit in Berlin

Arbeit als Schriftführer

Jüngst bin ich auf Vorschlag meiner Fraktion zum Schriftführer gewählt worden. Insgesamt werden mindestens 40 Kolleginnen und Kollegen als Schriftführer gewählt, damit wir uns während der Sitzungstage häufig abwechseln und unseren eigentlichen Abgeordnetenaufgaben noch nachgehen können.

Je zwei Schriftführer bilden zusammen mit dem Bundestagspräsidenten oder einem seiner Stellvertreter den Sitzungsvorstand. Sie sitzen hinter dem Rednerpult, links und rechts neben dem amtierenden Präsidenten. In der Regel gehört einer den Regierungsfractionen und einer den Oppositionsfractionen an.

Schriftführer nehmen Anträge und Wortmeldungen entgegen, verlesen Schriftstücke, führen Rednerlisten, überwachen die Korrekturen des Plenarprotokolls und stellen als Sitzungsvorstand gemeinsam das Ergebnis von Abstimmungen fest. Können sie sich bei Abstimmungen per Handzeichen nicht einigen, wer dem Augenschein nach in der Mehrheit war, verfügen sie eine Auszählung der Stimmabgabe. Dazu verlassen alle Abgeordneten den Plenarsaal und betreten ihn wieder durch "Ja"-, "Nein"- oder "Enthaltungs"-Türen, wobei sie gezählt werden. Dieses Verfahren wird auch "Hammelsprung" genannt.

Grundrechteagentur der EU verhindern

In der Diskussion um die Umwandlung der „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in eine „Europäische Agentur für Grundrechte“ und der damit einhergehenden erheblichen personellen und finanziellen Aufstockung von 8 Millionen Euro im Jahr 2006 über 16 Millionen Euro im Jahr 2007 auf sukzessive 29 Millionen Euro im

Jahr 2013, hat sich die FDP-Bundestagsfraktion klar gegen die Grundrechteagentur ausgesprochen.

Hauptbetätigungsbereich der Grundrechteagentur soll die Unterstützung der Organe, Einrichtungen und Ämter der Mitgliedstaaten sein, um den Schutz der Grundrechte zu gewährleisten. Durch Konferenzen, Kampagnen und Seminare soll zudem die europäische Öffentlichkeit für Grundrechte sensibilisiert werden. Das ist alles ziemlich unbestimmt.



Während einer Fraktionssitzung mit Hartfrid Wolff (l.) und Michael Link (r.).

Die Gründe gegen die Einrichtung einer Grundrechteagentur sind zahlreich. So hat die Europäische Grundrechtecharta – als wesentliche Grundlage der Arbeit der Grundrechteagentur – bisher überhaupt keinen rechtsverbindlichen Charakter. Zudem gelten in allen EU-Ländern umfassende Grundrechte, die durch Gerichte geschützt werden und durch die Zivilgesellschaft einer permanenten Kontrolle unterstehen. Auch kann sich jeder Bürger an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden.

Vor dem Hintergrund, dass Bundesregierung und EU-Kommission immer wieder betonen, Bürokratie abbauen und Transparenz zur Arbeit

der europäischen Institutionen schaffen zu wollen, gilt es nun, das Entstehen einer Behörde, für die es weder eine sinnvolle Aufgabe noch eine eindeutige Rechtsgrundlage gibt, zu verhindern. Die FDP-Bundestagsfraktion hat hierzu einen entsprechenden Antrag auf Bundestags-Drucksache 16/3621 in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Kleine Anfrage „ Zur Effektivität des Kimberley-Prozesses zur Eindämmung des Handels mit so genannten Blut-Diamanten“

In meiner Funktion als menschenrechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion habe ich aktuell eine Kleine Anfrage zur Effektivität des „Kimberley-Prozesses“ zur Zertifizierung von Diamanten gestellt. Der im Jahr 2003 vor dem Hintergrund der Bedeutung von Diamanten für die Finanzierung von Bürgerkriegen in Afrika und mit dem Ziel der Eindämmung des illegalen Handels mit Diamanten gegründete Kimberley-Prozess sollte dem illegalen Handel von Diamanten Einhalt gebieten. Inzwischen nehmen 70 Länder am Kimberley-Prozess teil. Dennoch bestehen angesichts unzureichender Kontrollen und illegalem Abbau und Handel von Diamanten außerhalb von staatlichen Minen Zweifel an der Effektivität der Umsetzung des Kimberley-Prozesses.

Aus der Antwort der Bundesregierung (Bt-Drs. 16/3969) geht hervor, dass besonders im Land Elfenbeinküste noch zahlreiche von Rebellen kontrollierte Diamantenminen existieren, in denen Diamanten zum Zwecke der Bürgerkriegsfinanzierung abgebaut werden. In Sierra Leone haben sich bei der Umsetzung des Kimberley-Zertifizierungssystems hingegen deutliche Fortschritte ergeben.

Nach wie vor problematisch und schwer kontrollierbar sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Diamantenminen. Neben der Ausbeutung von Kindern als Arbeitskräfte werden Arbeiterinnen und Arbeiter nach einem „Kasino-System“ Hoffungen gemacht, im Falle eines großen Diamantfundes vom Gewinn zu profitieren.

Die Antworten der Bundesregierung werden derzeit im Hinblick auf weitere parlamentarische Initiativen dahingehend geprüft, ob die Bundesregierung Ländern, denen offensichtlich der politische Wille zur umfassenden und effektiven

Kontrolle ihrer Diamantenindustrie fehlt, über die Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll Druck ausüben kann und ob eine Erweiterung des Kimberley-Prozesses auf andere Bereiche, wie beispielsweise andere Rohstoffe oder auf Arbeitsbedingungen der Minenarbeiter sinnvoll und realisierbar ist.

Parlamentarische Initiative „Den Europäische Gerichtshof für Menschenrechte vor dem Kollaps bewahren“

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als bedeutendste europäische Institution des Menschenrechtsschutzes steht seit Jahren einer stetig wachsenden Klageflut gegenüber, die ihn in seiner heutigen Gestalt in Frage zu stellen droht. Etwa 40.000 Beschwerden erreichen den Gerichtshof jährlich, wobei derzeit ca. 90.000 anhängige Verfahren noch nicht entschieden sind. Expertenschätzungen gehen davon aus, dass die Klagewelle in den nächsten 10 Jahren weiter anschwellen wird.



© Christian Thiel

Der EGMR ächzt unter der Flut von 40.000 Klagen jährlich.

Als menschenrechtspolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich an einem Antrag mitgearbeitet, der Vorschläge formuliert, wie dieser Entwicklung entgegen getreten werden kann. Uns Liberalen geht es hierbei primär darum, dass das, was den Gerichtshof weltweit so einzigartig macht – nämlich das individuelle Beschwerderecht jedes Einzelnen –, nicht schrittweise beschnitten und ausgehöhlt wird.

Im November 2006 hat der so genannte „Rat der Weisen“, ein von den Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten eingerichtetes Expertenkomitee, seinen abschließenden Bericht mit einer Reihe bemerkenswerter Vorschläge vorgelegt, wie der Gerichtshof unter Beibehaltung

des ursprünglichen Geistes sinnvoll reformiert werden kann. So wurde z.B. angeregt, einen richterlich besetzten „Filter-Ausschuss“ einzurichten, der über Zulässigkeitsfragen entscheidet, sowie die nationalen Rechtsschutzmöglichkeiten zu verbessern, damit potentielle Beschwerdeführer auf innerstaatlicher Ebene Abhilfe erreichen können und den Gerichtshof erst gar nicht anrufen müssen. Nun gilt es, diese Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit hin zu prüfen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, im Ministerkomitee des Europarates nachdrücklich darauf hinzuwirken, die auf dem Tisch liegenden Vorschläge zu prüfen und sobald wie möglich konkrete und effektive Reformen umzusetzen, um den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unter Beachtung des Geistes der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 für die vor ihm stehenden Herausforderungen zu wappnen.

Fall Kurnaz – menschenrechtspolitisch fragwürdig

Das Verhalten der früheren Bundesregierung im Fall Murat Kurnaz ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Doppelbödigkeit der rot-grünen Menschenrechtspolitik: Das Gefangenenlager in Guantánamo wurde im Bundestag und von Mitgliedern der damaligen Regierung wortreich kritisiert und verurteilt. Als sich aber die Chance bot, einem Häftling zu helfen, hat man diese Chance bewusst nicht genutzt.

Der ehemalige Guantánamo-Häftling Murat Kurnaz hat am 18.01.2007 vor dem 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages („BND-Untersuchungsausschuss“) als Zeuge ausgesagt. Dabei hatte Kurnaz von Misshandlungen, Isolationshaft und Kältefolter berichtet. Er war Ende 2001 in Pakistan festgenommen und US-Soldaten in Afghanistan übergeben worden. Von dort wurde er 2002 nach Guantánamo gebracht. Am 29.10.2002 entschied eine Runde von Sicherheitsexperten im Kanzleramt, einer Wiedereinreise von Murat Kurnaz nach Deutschland entgegenzutreten. Das bedeutete, dass Kurnaz insgesamt 5 Jahre unter menschenrechtswidrigen Bedingungen unschuldig in Guantánamo gefangen gehalten wurde. Es stimmt, dass Murat Kurnaz, der in Bremen geboren und aufgewachsen ist, kein deutscher Staatsbürger ist und rein konsularisch die Türkei für ihn zuständig war. Als sich jedoch herausstellte, dass die Türkei Herrn Kurnaz nicht helfen wollte, hätte die Bundesregierung aus menschenrechtlichen Gründen die Chance zur Befreiung nutzen müssen.

Alle maßgeblichen Stellen haben festgestellt, dass Murat Kurnaz kein Extremist und kein

Terrorist ist. Die Staatsanwaltschaft Bremen hat das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren eingestellt. Deutsche Sicherheitsbeamte, die Kurnaz persönlich in Guantánamo befragt haben, waren nach diesen Vernehmungen von seiner Unschuld überzeugt. Selbst die CIA hielt Murat Kurnaz bereits im Jahre 2002 für unschuldig.

Es ist erschreckend, wie leichtfertig und scheinbar gleichgültig die damalige Bundesregierung mit diesem Menschen umgegangen zu sein scheint. Speziell die Grünen, die unter anderem mit dem Außenminister an der Regierung beteiligt waren und sich seit jeher als Vorreiter im Kampf für mehr Menschenrechte darstellen, haben einen Großteil ihres Kredites in Menschenrechtsfragen verspielt, sollten sich die Vorwürfe gegen die alte Bundesregierung als zutreffend erweisen.

Erst unter einer CDU-geführten Bundesregierung wurde Murat Kurnaz aus Guantánamo zurückgeholt, nachdem sich die Kanzlerin persönlich für ihn eingesetzt hat. Diejenigen in der CDU/CSU, die sich lange gegen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses gewehrt haben, müssen nun zugeben, dass dies angesichts der zu Tage getretenen Erkenntnisse absolut gerechtfertigt war.

Anhörung Rechtsextremismus im Menschenrechts-Ausschuss

Auf meine Initiative hin hat sich der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe jüngst durch einen Vertreter des Bundesinnenministeriums über aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus in Deutschland informieren lassen.

Unterschieden wird dabei einerseits zwischen rechtsextremistischen Skinheads, die eher spontane, unkoordinierte Gewalttaten begehen und kaum Interesse an ernsthafter politischer Arbeit haben und andererseits den Anhängern der Neonaziszene, bei denen es sich längst nicht mehr um unorganisierte Einzeltäter handelt. Kennzeichnend für Neonazis sind politisch motivierte Aktivitäten, mit dem Ziel, einen totalitären Führerstaat nach nationalsozialistischem Vorbild zu errichten. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass werden offen in Demonstrationen zur Schau getragen.

Aus dem Bericht des zuständigen Abteilungsleiters aus dem Innenministerium wurde deutlich, dass die organisatorische Vernetzung rechtsextremer Gruppierungen alarmierend engmaschig und strategisch ausgerichtet ist.

Die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts über das Internet ist seit Jahren einer der wichtigsten Kommunikationswege. Auf diesem Wege werden beispielsweise Anleitungen zum Bau von Bomben verbreitet, zu Gewalt aufgerufen sowie rechtsextremistische Musik

und Computerspiele angeboten. Durch die Einstellung der rechtsextremen Inhalte über ausländische Internet-Anbieter greifen die deutschen Strafrechtsbestimmungen hierbei meistens nicht.

Weiterhin wurde berichtet, dass bereits etwa ein Drittel der Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen Frauen sind – Tendenz steigend. Frauen kommt im rechtsextremistischen Gefüge aufgrund ihrer scheinbaren Unauffälligkeit eine wachsende Bedeutung zu. Oft sind es Frauen, die Räume für Versammlungen und Konzerte mieten, Konten und Postfachadressen eröffnen oder Aufmärsche anmelden. Einige spitzeln auch in der linken Szene, da man den meisten ihre Gesinnung nicht ansieht.



Während der Diskussionsveranstaltung bei amnesty international.

Rechtsextremismus ist in unterschiedlicher Erscheinung in den letzten Jahren nicht zuletzt durch Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien oder durch Gewalttaten verstärkt im Osten Deutschlands zu Tage getreten. Die Gründe hierfür liegen nach der Studie „Sozialreport 2006“ u.a. in einer anhaltenden Unzufriedenheit und Verunsicherung im Osten Deutschlands, gekoppelt mit sozialen Ängsten und einem teilweise tiefen Misstrauen gegen den Staat.

74 Prozent der Ostdeutschen waren der Meinung, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gäbe und ihre Zahl reduziert werden müsse. Besonders bemerkenswert sind diese Zahlen vor dem Hintergrund, dass in den ostdeutschen Bundesländern deutlich weniger Ausländer leben als in den alten Bundesländern

Deutlich geworden ist, dass es für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in seinen vielfältigen Ursachen keine einfachen politischen Lösungen gibt, sondern auf unterschiedlichen Ebenen angesetzt werden muss. Neben der

Schaffung von Arbeitsplätzen, gilt es beispielsweise, bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken sowie Jugendliche durch Bildungs- und Sportangebote von der Straße zu holen.

Konferenz Amnesty International

Anlässlich einer von der Menschenrechtsorganisation amnesty international organisierten Konferenz habe ich mit Europa- und Menschenrechtspolitikern die Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft diskutiert. Dabei habe ich mich für die Notwendigkeit einer Strategie zur stärkeren Einbindung von Zentralasien ausgesprochen.

Nachdem Russland Energielieferungen immer stärker als politische Waffe missbraucht, muss sich Europa verstärkt um Alternativen auch in Zentralasien bemühen, um seine Energieversorgung zu diversifizieren. Dabei darf die Menschenrechtspolitik jedoch nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Ein Blick auf Energielieferanten wie Usbekistan, Turkmenistan, Iran, Saudi Arabien, Algerien und Libyen verdeutlicht, dass dies auch Staaten sind, die sehr nachlässig mit der Achtung der Menschenrechte umgehen. Um effektiv politischen Druck für Verbesserungen ausüben zu können, müssen Deutschland und

die EU ihre Abhängigkeit von Energieimporten aus diesen Staaten verringern. Dies zu organisieren, muss ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung sein.

Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis

Fahrplanausdünnung im Regionalverkehr – Statt Schuldzuweisungen Lösungen suchen

Die Deutsche Bahn plant im Zuge der vom Bund gekürzten Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Personennah- bzw. Schienenverkehr eine spürbare Fahrplanausdünnung im Kreis Böblingen. Insbesondere auf der vor allem durch Berufspendler stark frequentierten Strecke Herrenberg-Böblingen-Stuttgart werden zahlreiche Verbindungen, auch in der Hauptverkehrszeit, gestrichen.

Das Land hat trotzdem in erheblichem Umfang Schadensbegrenzung betrieben, konnte aber den Fehlbetrag von 70 Millionen Euro nicht vollständig ausgleichen. Daher kommt es nun zu einer spürbaren Fahrplanausdünnung. Insbesondere die Streichungen im Fahrplan der Gäubahn sind ein schwerer Schlag für den Nahverkehr in unserer Region und angesichts der großen Nachfrage und stets voller Züge realitätsfremd. Wenn der Bund auch nur einen Bruchteil der Kürzungen zurücknehmen würde, könnte man viele Verbindungen erhalten.



Fahrplanausdünnungen bedeuten auch längere Wartezeiten für die Reisenden.

Schuldzuweisungen zwischen Land und Bund helfen jetzt aber niemandem. Gefragt sind machbare und bezahlbare Lösungen. Die Bundesregierung und die Länder sollten sich umgehend zusammensetzen und versuchen, zu einer fairen Verteilung der Lasten untereinander zu kommen, damit nicht am Ende die Bürger, die auf Mobilität angewiesen sind, die Leidtragenden sind.

Mittelfristig gehört die Mischfinanzierung von Bund und Land beim Regionalverkehr abgeschafft und die Aufgabe einer Ebene zugeord-

net. Dann wäre auch dieses unappetitliche Schwarze-Peter-Spiel beendet, das derzeit abläuft. Natürlich müsste die Ebene, die am Ende für den Regionalverkehr zahlt, auch entsprechende Steuereinnahmen zugeordnet bekommen. Daher gehört dieses Thema auch in die neu eingerichtete Kommission „Föderalismusreform II“, die Vorschläge zur Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Land erarbeiten soll.

Ich habe deshalb unsere FDP-Vertreter in der Kommission gebeten, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Zudem habe ich den Bevollmächtigten der Bahn für das Land Baden-Württemberg, Herrn Werner Klingenberg, angeschrieben und gebeten, die Fahrplanausdünnung im Kreis Böblingen erneut zu überprüfen.

Bundesverkehrsministerium muss Ausbau der B 464 noch in den aktuellen Investitionsrahmenplan aufnehmen

Angesichts des hohen Verkehrsaufkommens braucht die gesamte Schönbuchlichtung den Ausbau der B464 an der Altdorfer Straße sobald als möglich. Die Verzögerung der Entscheidung über den Ausbau seitens des Bundesverkehrsministeriums ist daher kaum nachvollziehbar. Ohne diese Verzögerungen – auch durch eine zu lange Bearbeitung der Pläne – hätte die B464 in den Investitionsrahmenplan des Bundes (IRP) zum Straßenbau für die nächsten 5 Jahre aufgenommen werden können.

Dies wäre dringend nötig und ist angesichts der außergewöhnlichen Vorarbeit der Stadt Holzgerlingen im Planungsverfahren auch möglich. Die Stadt

hat in eigener Regie und auf eigene Kosten einen detaillierten Bebauungsplan erstellt, so dass die weiteren Planungen an sich zügig abgeschlossen werden könnten. Es ist nicht nötig, hier weiter zu warten und im Übrigen ist es auch den anliegenden Gemeinden und ihren Bewohnern und Betrieben nicht zuzumuten.

Ich werde im Gespräch mit dem Bundesverkehrsministerium auf eine Aufnahme noch in den Investitionsrahmenplan 2006-2010 drängen.

Stuttgart 21

Am 23. März entscheiden Bund, Land und Deutsche Bahn über die Realisierung des Projektes „Stuttgart 21“. Ich möchte an dieser Stelle nochmals deutlich machen, warum dieses Projekt so wichtig ist. Bei „Stuttgart 21“ handelt es sich um ein echtes Jahrhundertprojekt.

Die geplante Lösung sieht die Ersetzung des derzeitigen, stark sanierungsbedürftigen Kopfbahnhofs durch einen Durchgangsbahnhof, die Verlegung der Gleise unter die Erde, die Nutzung frei werdender Flächen sowie die Anbindung des Flughafens an das Fernverkehrsnetz (bei einer Fahrzeit von 8 Minuten vom Hauptbahnhof bis zum Flughafen; derzeit 30 Minuten) vor. Dies ist gerade angesichts der ungünstigen Topografie in und um Stuttgart wirtschaftlich, verkehrspolitisch, städtebaulich und nicht zuletzt ökologisch überzeugend.

Zur Finanzierung: Von den Baukosten von 2,8 Mrd. € übernimmt der Bund 500 Mio. €. Den größten Anteil (1,5 Mrd. €) trägt die Deutsche Bahn AG, den Rest tragen das Land, die Region Stuttgart, die Stadt Stuttgart und die Flughafen Stuttgart GmbH. Ein EU-Zuschuss ist in Aussicht gestellt.

Die Alternative zu „Stuttgart 21“ ist die Sanierung des mittlerweile ziemlich maroden Kopfbahnhofs und des Gleisfeldes sowie der Neubau weiterer Gleise im Neckartal einschließlich des Neubaus weiterer Neckarquerungen und eines 8 km langen Tunnels. Kosten: ca. 1,5 bis 2 Mrd. € – ohne Fahrzeitgewinn, ohne Flughafenanbindung an den Fernverkehr, ohne nutzbare Flächen in der Stuttgarter Stadtmitte. Finanziell gesehen bedeutet das: Bund und Bahn müssen alleine zahlen. Von der EU gibt es keinen Zuschuss.

Für die Wirtschaft und den Wohlstand unserer Region ist „Stuttgart 21“ ein Schlüsselprojekt. Fließt der Verkehr durch Baden-Württemberg, geht es uns gut. Fließt er an uns vorbei, kostet das dauerhaft Wohlstand. Stuttgart ist eine Stadt mitten in Europa, die unbedingt an die Magistrale Paris-Wien-Bratislava und die wichtige innerdeutsche Zugverbindung Frankfurt-München angeschlossen sein muss. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen macht „Stuttgart 21“ das Bahnfahren attraktiver, bietet städtebauliche Perspektiven und mindert die Lärmbelastung, die durch oberirdischen Verkehr entsteht. Es ist daher eine Investition, die zwar Geld kostet, sich aber lohnt.

Großhandels-Modezentrum auf dem Killesberg bleibt umstritten

In den letzten Wochen waren die Pläne Stuttgarts, auf dem Killesberg ein Großhandels-Mode-Zentrum errichten zu wollen, das zweifelsohne in Konkurrenz zu dem etablierten, bisher landesweit einzigen Sindelfinger Modezentrum stehen würde, ein Politikum.

Die wirtschaftliche Stärke Stuttgarts und seiner Region beruht nicht zuletzt darauf, dass es ein vielfältiges, sinnvoll aufeinander abgestimmtes Angebot gibt. Durch einen Alleingang Stuttgarts würde dieses Gleichgewicht zum Nachteil der gesamten Region ins Wanken geraten. Eine räumliche Zersplitterung des Großhandelsangebots im Modebereich in Baden-Württemberg würde den Großhandel im Land insgesamt schwächen, was wiederum Vorteile für andere Modestandorte, wie etwa München, nach sich ziehen würde. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Den Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Schuster habe ich ebenso wie einzelne Stuttgarter FDP-Stadträte auf die berechtigten Interessen Sindelfingens hingewiesen und für den Standort geworben. Damit bin ich in Gesellschaft der IHK Region Stuttgart und weiterer Wirtschaftsverbände. Der Standort Sindelfingen ist renommiert und erfolgreich. Hiervon profitiert auch die Landeshauptstadt in vielfältiger Weise. Daher sollten meiner Meinung nach die Händler in der Region am Standort Sindelfingen konzentriert bleiben.

Berliner Büro besucht Flugfeld in Böblingen

Kürzlich haben die Mitarbeiter meines Berliner Büros im Rahmen eines Besuches im Kreis Böblingen das Flugfeld Böblingen/Sindelfingen besichtigt und sich beim Geschäftsführer des Zweckverbandes Flugfeld, Herrn Scholz, über das Gesamtkonzept, die Baubauungspläne und die Historie des Flugfeldes informiert. Neben einer Führung durch die denkmalgeschützten Gebäude, stand die Realisierung der ehrgeizigen Bebauungs- und Nutzungspläne unter städteplanerischen Gesichtspunkten im Vordergrund des Gespräches.

Aus Berlin ist mit dem Potsdamer Platz hinsichtlich der räumlichen Nähe von Arbeitsraum und Wohnraum ein ansatzweise vergleichbares Projekt bekannt. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang besonders über die Ausgestaltung des Flugfeldes als attraktives, modernes und belebtes Stadtquartier.